



→ **Hamm  
braucht  
Grüne**

**Programm zur  
Kommunalwahl 1999**

**Alles wird grün!**



## Einleitung: Für ein buntes, lebensfrohes Hamm

Zum vierten Mal treten die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun zur Kommunalwahl in Hamm an. Seit 1984 arbeiten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat, den Bezirksvertretungen, den Fachausschüssen und anderen Gremien konstruktiv und verantwortlich mit. Auch wenn BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mittlerweile selbst in die Jahre gekommen und glücklich sind, durch aktive JunGrüNe verstärkt zu werden: Es hat sich eines nicht verändert: der Wille, den Lebensraum Hamm zum Wohle der Menschen, zum Wohle vor allem auch der kommenden Generationen zu gestalten.

Die GRÜNEN sind als politische Kraft anerkannt. Durch jahrelange kontinuierliche Arbeit wurde Vertrauen geschaffen. Schon zur letzten Kommunalwahl 1994 konnten die GRÜNEN auf eine stolze Erfolgsbilanz zurückblicken. Auch wenn es vermessen wäre, alle positiven Entwicklungen im Bereich Umwelt- und Naturschutz, der Verkehrspolitik, der Siedlungs- oder Wirtschaftspolitik allein dem GRÜNEN Engagement zuzuschreiben, so ist es doch angemessen, festzustellen: hieran haben wir maßgeblich mitgewirkt!

Ob in den langen Jahren der Oppositionsarbeit - oder in den kurzen Perioden der "Regierungsverantwortung" - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben ihre Aufgabe für die demokratische Selbstverwaltung der Stadt Hamm ernst genommen.

Wenn Sie jetzt dieses Wahlprogramm für die kommende Legislaturperiode 1999 - 2004 in den Händen halten und genau studieren, werden Sie feststellen:

Auch in den kommenden Jahren wird der Natur- und Umweltschutz ein wichtiger Eckstein GRÜNER Kommunalpolitik bleiben. Die natürlichen Ressourcen gilt es, auch für zukünftige Generationen zu erhalten. Aus Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskiner heraus stellen wir auch in den kommenden 5 Jahren den Umweltverbund - das Fahrradfahren, das Zu-Fuß-gehen und den ÖPNV - in den Vordergrund unserer Verkehrspolitik.

Wie bisher gilt auch weiterhin, daß wir für eine Demokratisierung der Gesellschaft eintreten, daß die Grund- und Menschenrechte bewahrt und ausgebaut werden. Kleine Bausteine tun hier mehr als große Worte: ob kinderreiche Familie oder alleinerziehende/r Mutter oder Vater, Lesbe oder Schwuler, Behinderte/r oder SozialhilfeempfängerIn, Obdachlose/r oder Drogenkranke/r, MigrantIn oder AsylbewerberIn: wir alle sind und bleiben Menschen und verdienen es, als Menschen behandelt und geachtet zu werden. Gerade in Zeiten, in denen materielle Güter mehr zählen als Solidarität; Egoismus und Karriere mehr als Gemeinschaft und Nächstenliebe gilt es für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hier gegenzusteuern und soziale Angebote abzusichern, wo notwendig auch auszubauen. Für die Mehrheit erscheint dies manchmal unverständlich, geschieht dies doch oft mit den "Steuergeldern", die - wie so oft beklagt - "zum Fenster rausgeschmissen werden". Hilfe für die Schwachen und Bedürftigen muß nicht teurer sein als die harte "Recht-und-Ordnungs"-Politik der Stammtische. Man muß nur bereit sein, die Folgekosten zu überschlagen, die entstehen, wenn man diese vernünftigen Hilfen nicht umsetzt.

Auch die GRÜNEN in Hamm wissen: wir leben nicht auf einer Insel der Glückseligen. Es gibt Probleme. Massenarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsmisere sind drängende Probleme des ausgehenden Jahrhunderts und Jahrtausends.

Die Lösung kann letztlich nicht im Abbau des "ach so teuren Personals" liegen - wie manche Populisten es immer wieder vehement fordern - sondern in der Verbilligung der



Arbeit. Hier hoffen wir auf konstruktive Vorgaben und Rahmenbedingungen seitens der Bundesregierung.

Bis es hier zu einem Kurswechsel kommt, der sich in unserer Stadt bemerkbar macht, gilt selbstverständlich: alle Möglichkeiten, die uns als KommunalpolitikInnen zur Verfügung stehen, müssen effektiv genutzt werden.

Der Mensch lebt aber glücklicherweise nicht allein, um zu arbeiten. Auch im Bereich Kultur, Sport, und Ausbildung bieten wir interessante Konzepte!

*Inge Menze*

(Inge Menze, Spitzenkandidatin)

## **Inhalt:**

Einleitung	3
Sport	5
Kultur	6
MigrantInnen	7
Minderheiten	8
Stadtentwicklung	9
Soziales	11
Schulen	13
Kinder und Jugendliche	14
Wirtschaft	16
Umwelt, Natur, Ökologische Landwirtschaft	19
Frauen	21
KandidatInnen	22



# Sport

## *Vielfältige Angebote für Freizeit, Hobby und Gesundheit*

Hamm ist eine Stadt des Sports. Viele Vereine bieten in fast allen Sportarten neben Leistungssport auch eine aktive Breitensportabteilung an. Trendsportarten wie Inline-Skating, Skateboarding, Beach-Volleyball und Streetball finden regen Zulauf. Auch klassische Sportarten wie Faustball, Rollhockey oder Wasserball haben in Hamm eine starke Heimat. Neben den Vereinen hat sich auch der vereinsungebundene Freizeitsport etabliert. Ob Lauftreffs, Fahrradtouren etc. - Hamm bietet eine attraktive Vielfalt.

Gerade weil Sport eine hohe gesellschaftliche und gesundheitliche Bedeutung genießt, muß v.a. der Jugend- und Breitensport gefördert werden. Auch vereinsungebundene Aktivitäten müssen durch die Schaffung von Bewegungsräumen unterstützt werden. Freie Spielgelegenheiten für jung und alt im unmittelbaren Wohnumfeld mit möglichst einfachen Mitteln sollten geschaffen werden. Wichtig erscheint den GRÜNEN die Vernetzung von Kultur, Bildung, Sport und Erholung: durch den Ausbau von Fuß- und Radwegen, die Wiederentdeckung der Straße als Lebensraum, die Schaffung von Stadtteil-Zentren, die die Bereiche Kultur, Bildung, Sport und Erholung generationsübergreifend verbinden.

Ein Thema hat in den zurückliegenden Jahren und auch ganz aktuell wieder an Bedeutung gewonnen: die Bäderfrage!

Die Würfel sind gefallen. Gegen alle Proteste haben CDU und SPD die Schließung der Freibäder in Bockum-Hövel, Heessen, Hamm-Mitte (Germania) und Werries beschlossen. Die Abrißbagger kamen schnell. Die versprochenen Nachnutzungskonzepte kommen erst allmählich auf den Tisch und zur Umsetzung.

Mittlerweile zeichnet sich - rechtzeitig zum Wahlkampf - der erste Spatenstich für das neue Sport- und Gesundheitsbad im Hammer Osten ab. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen folgende Ansprüche:

Das Stadtbad soll erhalten bleiben, bis das Sport- und Gesundheitsbad in Betrieb ist und dort der Schul- und Vereinssport im bisherigen Umfang gesichert sind.

Für das Sport- und Gesundheitsbad brauchen wir ein attraktives und schlüssiges Betriebskonzept, sozialverträgliche Eintrittspreise, eine umweltgerechte Bauweise und einen energieschonenden Betrieb.

Für die Inanspruchnahme von Flächen des Exerzierplatzes kommen HSV und Rote Erde in den Genuß eines neuen Allwetterrasenplatzes und einer Wettkampfarena. Die Freizeitsportler müssen allerdings bis nach Beendigung der Baumaßnahme warten, um neue Bolz- und Trainingsplätze am Standort Altes Jahnbad zu erhalten. Hier fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen zeitnahen Ersatz.

Die Schließung der Freibäder hat zudem zu einer verstärkten Nutzung der Lippe geführt - leider mit nachteiligen, oft tragischen Folgen.

Wir wollen die alte Tradition der Flußschwimmbäder an der Lippe aus den Anfängen dieses Jahrhunderts wieder aufgreifen und bemühen uns, hier einen entsprechenden Standort in Abstimmung mit den Naturschutzverbänden, den Anglern etc. zu finden, um den Nutzungsdruck auf die Natur- und Landschaftsschutzgebiete zu vermeiden und den SchwimmerInnen ein sicheres Baden in der Lippe zu ermöglichen.



# Kultur

## *Vielfalt der Kulturen - Chancen für die Stadt Hamm*

Kulturpolitik muß der Entfaltung und Entwicklung der sozialen und kommunikativen Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger und Einwohner dienen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Aufgabe kommunaler Kulturpolitik darin, allen Einwohnern unserer Stadt unabhängig von sozialem Status, soziokultureller Herkunft und materiellen Voraussetzungen hier entsprechende Rahmenbedingungen anzubieten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der kulturellen Vielfalt die notwendige Voraussetzung der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Entwicklung unserer Stadt. Die Stadt darf sich nicht aus der Kulturförderung verabschieden - gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel muß der Kulturbereich gestärkt werden, um die kulturelle Verarbeitung, Aufarbeitung gesellschaftlicher Probleme, etc. zu ermöglichen. Der gegenwärtige Finanzrahmen muß erhalten bleiben bzw. - wo nötig - ausgebaut werden.

Hamm hat bereits eine breite Vielfalt kultureller Zentren und Events. Kulturwerkstatt, Kulturrevier Radbod, Jugendkunstschule, Titaniapark, Kulturbahnhof, VHS-Kino, Medienzentrum, Stadtbücherei, Stadtarchiv oder Musikschule. Hier gilt es für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die bestehenden Einrichtungen so zu fördern, daß ihre Arbeit gesichert wird und die Entwicklung dieser Einrichtungen ermöglicht wird. Die Raumnot z.B. des Stadtarchivs verlangt dringend nach einer sinnvollen, räumlich zentralen Lösung.

Die Kulturverwaltung muß dringend reformiert und umgewandelt werden, um die größtmögliche Motivation und insbesondere die Eigenverantwortung der MitarbeiterInnen sowie die Flexibilität im Austausch kommunaler und freier Kulturarbeit zu ermöglichen. Ein zentrales Kulturbüro soll Service- und Dienstleistungszentrum für jeden sein und auch traditionelle Leistungen wie Kartenverkauf, Information etc., neue Dienstleistungen wie Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen, Vermittlung und Beratung von Finanzierungshilfen etc. anbieten.

Zu einem friedlichen Zusammenleben gehört das gegenseitige Verstehen. Die kulturellen Angebote für EinwanderInnen - ob türkisch, russisch etc. müssen unterstützt, Kontakte hergestellt und vermittelt werden. Es wäre fatal, die vielen kulturellen Traditionen und Eigenschaften der Neubürger in Vergessenheit geraten zu lassen - zeigen sie doch die Vielfalt menschlicher Entfaltung.

Private Kulturangebote - Ballett- und Tanzschulen, Galerien, Schülertheater, Theatervereine - müssen als Teil der kommunalen Kultur unterstützt werden.



Illustration: Fritz Brümmer †

# MigrantInnen

## *GRÜNE Politik für eine bessere Intregation*

MigrantInnen und Migranten sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem rechtlichen Status müssen sie Gelegenheit haben, sich am gesellschaftlichen Leben unserer Stadt zu beteiligen.

Hierfür ist es dringend notwendig, daß sie alle ihre Interessen auch im politischen Raum vertreten können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hamm wollen einen Ausschuß für Migrantenangelegenheiten anstelle des jetzigen Ausländerbeirates. Bestehend aus Ratsmitgliedern und sachkundigen Einwohnern aus den verschiedenen Gruppen und Einrichtungen, wird der Ausschuß mit den gleichen Kompetenzen wie ein Ratsausschuß ausgestattet. Die Verknüpfung mit dem Rat wird somit gestärkt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in einer Koordinierungsstelle für Migrantenangelegenheiten einen wichtigen Schritt, um die vielfältigen Angebote in unserer Stadt kompetent zu vernetzen und die Arbeit abzustim-

men. Hierzu sollte ein regelmäßiges Treffen der verschiedenen Sozialarbeiter (AWO, DIAKONIE; CARITAS etc.) stattfinden.

Die Einrichtung von Stadtteilbüros ist dort anzustreben, wo das Zusammenleben als problematisch erlebt wird. Diese Büros sollten personell für präventive Projekte in Bereichen wie Kinderspielgruppen, Jugendarbeit, Stretwork, Sprachkursen, Hausaufgabenbetreuung, Foren für Informationsaustausch ausgestattet werden.

Die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern muß verbessert werden. Hausaufgabenbetreuung oder ein Kontaktcafe (im Zusammenhang mit Beschäftigungsmaßnahmen) könnten eine Hilfe sein. Möglichkeiten einer Beschäftigung sind zu schaffen.

Bestehende Einrichtungen im Bereich der Migrantenarbeit wie z.B. die RAA sind zu stärken und mit Projekten in den Bereichen Sprache, Kultur, Kontakt zu ergänzen.



# Minderheiten

## *GRÜNE für die Vielfalt von Lebensformen*

Am Umgang mit Minderheiten erweist sich die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft. Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten für eine konsequente Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungspolitik ein. Dies beinhaltet auch ein starkes Engagement für Lesben und Schwule. GRÜNE wollen die Aufklärung der Öffentlichkeit über homosexuelle Lebensformen unterstützen, um Vorurteile und Repressionen abzubauen. Es geht nicht darum, Privilegien für Minderheiten zu schaffen. Vielmehr wollen GRÜNE die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion usw. im alltäglichen Leben der kommunalen Gemeinschaft.

Um das gesellschaftliche Tabu zu brechen, sind allerdings besondere Anstrengungen für einen "normalen" Umgang notwendig. Hierzu zählen unter anderem die gleichrangige

Förderung schwul-lesbischer Projekte und die gleichberechtigte Darstellung der unterschiedlichen Lebensweisen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Lesben und Schwule dürfen auch in der kommunalen Personalpolitik nicht diskriminiert werden. Hier sehen GRÜNE eine Vorbildfunktion der Stadt im Umgang mit Minderheiten. Ferner muß die Lebenswirklichkeit von Lesben und Schwulen, wie bei anderen Minderheiten auch, in die politisch-planerischen Überlegungen einbezogen werden.

Bis zur gesellschaftlichen Anerkennung schwul-lesbischer Lebensformen ist es noch ein weiter Weg, doch GRÜNE wollen diesen Weg gehen und sich aktiv für eine Anti-Diskriminierung engagieren.



# Stadtentwicklung

## *Vielfalt statt grauen Einerleis*

Manche Politiker sehen in einer ökologisch orientierten Stadtentwicklung gleich eine Öko-Diktatur. Andere wollen den ungebremsten Autoverkehr auf gut ausgebauten Asphaltbändern bis in den letzten Winkel unserer Stadt bringen. Sie würden dafür Naherholungsgebiete, Biotope, Freiräume, Bäume und Tiere opfern.

Luftbelastungen durch Kraftfahrzeuge, fehlende Freiflächen für das Spiel von Kindern und Jugendlichen, zum Ausruhen und Verweilen von Senioren sowie als Lebensraum für Pflanzen und Tiere sind die Folge einer derartig einseitig orientierten Stadtplanung. Nebenzentren, die eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherstellen, werden vernachlässigt. Es werden neue Wohnsiedlungen auf der grünen Wiese geplant, denen es an einer adäquaten Infrastruktur mangelt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Es gilt, die Raumannsprüche aller Lebensäußerungen der Menschen angemessen zu befriedigen. Stadtentwicklungsplanung ist Zukunftsplanung und hat die Aufgabe, die natürlichen Ressourcen Boden, Luft und Wasser nur in dem Maße in Anspruch zu nehmen, wie es unbedingt notwendig ist. An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, nach nur einem Jahrhundert industrieller Revolution, spüren wir die Grenzen des Wachstums und des Fortschritts. Wer so weitermacht wie bisher, betreibt Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen und setzt die Zukunft aller aufs Spiel.

Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch angesichts des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs Bauland sinnvoll und behutsam ausweisen. Hierbei geben wir der Schließung von Siedlungslücken vorzugsweise dort, wo es bereits einen Anschluß an den öffentlichen Nahverkehr gibt, den Vorrang vor der weiteren Zersiedelung der Landschaft

am Rande der Stadt. Im verdichteten Innenbereich v.a. in der Innenstadt müssen - wo dies erforderlich ist - Freiflächen in ihrer Funktion als Spielraum, Ruhezone für Ältere oder als grüne Lunge für das Kleinklima erhalten und gesichert werden. Durch die Berücksichtigung ökologischer Standards bei Neubauten können die Belastungen für Umwelt und Natur verringert werden. Eine Berücksichtigung der Interessen aller Alters- und Bevölkerungsgruppen schon bei der Planung verhindert aufwendige und teure Nachbesserungen. Eine ökologische Sanierung von Altbauten und bestehendem Wohnraum ziehen wir dem Neubau vor.

Auch bei der Ansiedelung neuer Industrie- und Gewerbebetriebe ist der Nutzung der existierenden Altflächen der Vorrang vor der Erschließung neuer Bereiche am Stadtrand zu geben. Ein Ausverkauf zu Dumpingpreisen muß durch eine regionale Zusammenarbeit der Kommunen verhindert werden, die an die Stelle der jetzigen Konkurrenz untereinander tritt. Gütertransporte sollen vorzugsweise unter Einsatz umweltverträglicher Verkehrsträger abgewickelt werden.

Freizeit und Erholung spielen angesichts des immer stärker verdichteten Arbeitsalltags eine zunehmend wichtigere Rolle in unserem Leben. Der Erhalt der bestehenden und die Schaffung neuer, ökologisch gepflegter Grün- und Freiflächen im Wohnumfeld der Menschen bietet ihnen die Möglichkeit, sich zu entspannen, ohne zuvor kilometerlange Strecken zurücklegen zu müssen. Vor allem diejenigen, die von der Nutzung des motorisierten Individualverkehrs vielfach ausgeschlossen sind, Kinder, Jugendliche und oft auch Senioren, profitieren hiervon.

Auch Mobilität gewinnt für die Menschen an Bedeutung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Mobilität aller Bevölkerungsgruppen sicherstellen. Hierzu wollen wir den Umweltverbund aus öffentli-



chem Nahverkehr und nicht-motorisiertem Individualverkehr stärken. Das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) muß verbessert, die Möglichkeiten einer Stadtbahn überprüft und der Radverkehr weiter gestärkt werden. Ein derartiges Kon-

zept trägt nicht nur dazu bei, daß der Ausstoß des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> verringert wird, sondern es entspannt auch die Situation für den Autoverkehr auf den vorhandenen Straßen.



# Soziales

## *Vielfalt der sozialen Sicherung - Grundlage der demokratischen Gesellschaft*

Wichtige Grundlage der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist Solidarität. Politik muß helfen, ein Klima zu schaffen, in dem nicht die schrankenlose Konkurrenz zählt, sondern gegenseitige Anerkennung und Hilfe im Mittelpunkt stehen. Nur so kann der Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet werden.

Zentrales Element aktiver Sozialpolitik ist die Sicherstellung einer vielfältigen sozialen Infrastruktur. Beratungsstellen, Jugendzentren, Freizeit- und Betreuungsangebote sind wichtige Bausteine, um gegenseitiger Unterstützung und Selbstbestimmung ein Tor zu öffnen. Gerade in diesem Bereich hat sich eine Fülle von Eigeninitiativen und selbstverantwortlichen Trägern herausgebildet. Sie zu stärken und zu unterstützen, ist Bestandteil GRÜNER Sozialpolitik.

Der gesellschaftliche und vor allem wirtschaftliche Wandel mit der dramatischen Zunahme der Arbeitslosigkeit führte auch in Hamm zu einem Anstieg von Menschen in sozialen Notlagen. Die GRÜNEN sehen deshalb die Notwendigkeit, eine verstärkte Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung zu unterstützen, um Langzeitarbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen wieder eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Statt die Arbeitslosigkeit zu finanzieren gilt es, diese Mittel für Beschäftigung und Qualifizierung einzusetzen. Die kommunale Arbeitsmarktpolitik muß weitere Impulse geben.

Neben der Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben geht es den GRÜNEN darum, Spielräume in den Bereichen der Sozialpolitik zu entwickeln und zu nutzen, wo diese Aufgaben durch freiwillige kommunale Leistungen zu ergänzen sind, um vorsorgende und zukunftsfähige Konzepte zum Wohle der Gemeinschaft zu entwickeln. Dies gilt u.a. für die Schwangerschaftsberatungsstellen, die Kontakt- und Informationsstelle

(KISS), die Frauenberatungsstelle und die AIDS-Hilfe Hamm e.V.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, daß möglichst umgehend eine den Bedürfnissen entsprechende Notunterkunft bzw. Einmalübernachtung eingerichtet wird.

Die GRÜNEN werden sich auch weiterhin für die finanzielle Absicherung der kommunalen Drogenhilfe-Einrichtungen einsetzen. Weitergehende Anregungen und Initiativen zur Verbesserung der Situation drogenkranker Menschen sind bisher vor allem an der starren Rechtslage gescheitert. Angesichts des politischen Wandels in Bonn/Berlin sehen die GRÜNEN in Hamm endlich die Chance, neue Wege in der kommunalen Arbeit mit Drogenkranken zu gehen. Mit der Einrichtung von "Gesundheitsräumen" muß der bisherigen konzeptionslosen Vertreibungspolitik eine Alternative entgegengestellt werden. Das Angebot von "Therapie sofort" muß in Hamm angesiedelt und entsprechende Möglichkeiten zur Entgiftung in Hammer Krankenhäusern müssen vorgehalten werden. Die regionale Zusammenarbeit muß verstärkt, bei Bedarf müssen weitere Therapieplätze eingerichtet werden. Eine Unterstützung bzw. Vernetzung mit den örtlichen Krankenhausträgern wird angestrebt.

Durch die Neufassung des Gesetzes zum öffentlichen Gesundheitsdienst ergeben sich auch für Hamm wesentliche Veränderungen. Die Gesundheitskonferenz, die die Arbeit im Bereich Gesundheitswesen koordinieren, abstimmen und vernetzen soll, muß deutliche Impulse geben. Die Strukturen innerhalb der Verwaltung müssen - in Abstimmung mit den Beschäftigten - den sich ständig wandelnden Bedingungen angepaßt werden.

Die dezentrale Verortung der Sozialen Dienste muß vorangetrieben werden. Sie müssen für die Bürger einfach und schnell erreichbar sein.





# Schulen

## *Vielfalt der Bildungseinrichtungen erhalten, vernetzen und ausbauen*

Eine kinder- und jugendfreundliche Stadt braucht Schulen, die den heutigen und künftigen Anforderungen entsprechen. Dies gilt für Lern- und Lehrmaterial, das den Anforderungen der Kommunikationsgesellschaft genügen muß, ebenso wie für die Ausstattung etwa mit einem Mobiliar, das dem Wachstum der Schülerinnen und Schüler angepaßt sein muß.

Kommunalpolitik muß sich auch der Herausforderung stellen, daß bestehende Schulen erweitert oder neue Standorte für bestimmte Schulformen eingerichtet werden müssen. An anderen Standorten ist eine abnehmende Nachfrage zu beobachten. Deswegen muß bei allen baulichen Maßnahmen schon in die Planungen einfließen, wie diesem absehbaren Wandel durch multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten Rechnung getragen werden kann.

Ebenso wichtig wie der Neubau von Schulen ist die Sicherung der bereits bestehenden Bausubstanz. Hier wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die ökonomische Notwendigkeit mit der Möglichkeit verknüpfen, daß ökologisch orientiertes Verhalten in den Schulen von allen Beteiligten gesehen und gelernt wird; dazu gehören:

- a) Energiesparmaßnahmen
- b) Bauunterhaltungsmaßnahmen
- c) ganzheitliche Projekte zur Umgestaltung des Schulumfeldes (z.B. Schulgärten, Einrichtung/Pflege von Biotopen, Schulhofumgestaltung)
- d) Fortbildungsmaßnahmen in diesem Zusammenhang für alle Beteiligten

Der zunehmende Verfall der Bausubstanz an Schulen erfordert ein Sofortprogramm zur Sanierung der Schulen zwecks Substanzerhalt. Hier fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel.

Aufgrund des fortschreitenden gesellschaftlichen Wandels sind Schulen heute weit mehr als reine Lehranstalten. Neben der Vermittlung von Wissen treten andere Aufgaben immer stärker in den Vordergrund. Hierauf muß auch die Kommunalpolitik reagieren.

Die integrative Beschulung muß verstärkt realisiert werden, d.h. Schule muß gemeinsamer Lern- und Lebensort für behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche werden.

Sonderschulen sollen den zunehmend schwieriger werdenden Aufgaben entsprechend gefördert und ausgestattet werden. Für Erziehungsprobleme, die in die Schule hineingetragen werden, muß vermehrt eine Hilfe durch Fachleute sichergestellt werden. Präventionskonzepte der einzelnen Schulen sind zu fordern und zu fördern. Eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung von Schulen und außerschulischen Einrichtungen stellt ein wesentliches Element dieser Bemühungen dar. Bei Bedarf muß mit kommunalen Mitteln Schulsozialarbeit in enger Kooperation mit Einrichtungen der Jugendhilfe eingerichtet werden. Zusätzliche Angebote wie ganztägige Betreuung auch außerhalb der Schule müssen nach Bedarf eingerichtet werden.

Das Zusammentreffen von Schülern aus unterschiedlichen Kulturen, die Möglichkeit des multikulturellen Lernens soll als Chance gesehen werden, Toleranzbewußtsein bei allen Beteiligten zu schaffen.



# Kinder und Jugendliche

## *Vielfalt für die Zukunft*

Eine kinder- und jugendfreundliche Umwelt zu schaffen und zu erhalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben GRÜNER Politik in Hamm. Die Stadt Hamm muß Rahmenbedingungen bieten, damit Kinder und Jugendliche sicher leben und unter günstigen Entwicklungsbedingungen aufwachsen können.

### ***Stadtteile für Kinder und Jugendliche!***

Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ist der Stadtteil. Während Verwaltung und Kommune in Sachstrukturen und "großen Zusammenhängen" denken und handeln, können sie oft nicht zum Wohle der kleinräumigen Lebenswelten handeln. Stadtteilarbeit und BürgerInnenorientierung weisen konzeptionell den Weg, der in einzelnen Stadtteilen und von einzelnen Einrichtungen schon besprochen wird. Hier können BürgerInnen wieder zur Selbsthilfe und zur Übernahme von Verantwortung motiviert werden, können stabile Nachbarschaften gepflegt werden. Hier können sich auch Kinder und Jugendliche wohlfühlen und ihren Platz finden.

### ***Professionelle Beratung und Unterstützung***

Durch eine konsequente Begleitung von Eltern von der Schwangerschaft über die Zeit nach der Geburt bis zum Hineinwachsen der Kinder in Kindergarten und Schule muß ein breites Beratungs-, Begleitungs- und Unterstützungsangebot bestehen. Es ist zu spät, wenn Entwicklungsdefizite erst in den Kindertageseinrichtungen und in der Schule auffallen. Professionell arbeitende und kooperierende öffentliche Einrichtungen (z.B. Jugendzentren, Streetworker) können Eltern Hilfestellungen anbieten und Kindern und Jugendlichen den Raum geben, den sie zu einer gedeihlichen Entwicklung brauchen.

### ***Eigenverantwortung und demokratische Beteiligung von Kindesbeinen an!***

Kinder und Jugendliche sollen nach Ansicht der GRÜNEN an

allen sie betreffenden Fragen beteiligt werden. Nur wer frühzeitig lernt, seine Meinung zu äußern, mitzuentcheiden und die Verantwortung für sein Handeln zu tragen, kann als Erwachsener eine demokratische und gerechte Gesellschaft mitgestalten.

### ***Jugendliche in Ausbildung und Arbeit!***

Für Jugendliche entscheidet sich die Zukunft vor allem an der Frage, welche Ausbildungsmöglichkeiten sie haben und ob sie einen attraktiven Beruf finden. Auch wenn die politischen Möglichkeiten einer Kommune begrenzt sind, etwas zu verbessern, sollten vorhandene Möglichkeiten noch intensiver ausgeschöpft werden und damit auch Impulse für die freie Wirtschaft gegeben werden.

### ***Ressourcen besser nutzen!***

Der städtische Haushalt wird zur Zeit über Gebühr strapaziert. Schulden gehen zu Lasten unserer Kinder. Eine soziale Stadt kann Sozialleistungen nicht addieren, vielmehr muß immer auch gefragt werden, welche Maßnahmen, Einrichtungen und Institutionen nicht mehr zeitgemäß sind. Gleichzeitig wird der Kinder- und Jugendbereich immer wieder mit neuen Aufgaben konfrontiert. Es ist notwendig, daß hier Flexibilität entsteht, so daß die rapide wachsenden sozialen Aufgaben mit einem geringen Anstieg der Sozialausgaben geleistet werden können.

Das bedeutet konkret:

- keine Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich, sondern flexible Umsteuerung und Umgestaltung von Angeboten und Maßnahmen
- Erhalt der Angebote im Bereich der Jugendzentren
- stadtteilorientierte, wohnortnahe Beratung und Betreuung von Schwangeren und jungen Familien
- frühzeitige Hilfen in Familienkrisen zur Verhinderung von Gewalt und Vernachlässigung von Kindern



- Ausbau der Familienhilfe
- ausreichende Fortbildungs- und Supervisionsmittel für die mit Kindern und Jugendlichen arbeitenden Profis
- Mitbestimmung im Kindergarten, Kinder- und Jugendversammlungen in Tageseinrichtungen und Jugendzentren (z.B. durch Gründung eines Jugendparlamentes)
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Stadtplanung und Stadtgestaltung
- Jugendanörungen bei weitreichenden Fragen (z.B. Gestaltung öffentlicher Einrichtungen wie der Schwimmbäder)
- Ausweisung familienfreundlicher Siedlungsgebiete und stärkere Überprüfung von Planungen auf Familienfreundlichkeit
- genügend großzügiger und bezahlbarer Wohnraum für Familien mit mehreren Kindern
- genügend Spiel- und Freiflächen mit hohem Erlebniswert, insbesondere Skateranlagen, (Abenteuer-) Spielplätze, Bolz- und Basketballflächen und Hüttentreffs für Kinder und Jugendliche
- Erhalt der Fördermöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Vereinen und Kulturinstitutionen
- aktive politische Einflußnahme auf Land, Bund und Wirtschaft für Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Förderung und Unterstützung stadtteilorientierter Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte
- daß die Kommune und ihre Tochtergesellschaften über den Bedarf Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen
- Schulräume lern- und lebensfreundlich gestalten
- Stadtteil- und Sozialraumorientierung von Jugendhilfe und Sozialarbeit (z.B. Streetworker für die einzelnen Stadtteile)
- Einrichtung von Stadtteilarbeitskreisen und Schaffung eines Stadtteilbudgets.



# Wirtschaft

## *In sozialer Verantwortung nachhaltiges Wirtschaften, ökologischen Umbau und Beschäftigung fördern - neue Herausforderungen und Perspektiven für Hamm!*

Mit der Umsetzung der ökologisch-sozialen Steuerreform wird die mittelständische Wirtschaft entlastet, die Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Es werden Arbeitsplätze gesichert. Ökologisch-soziales Umsteuern heißt, umweltfreundliches Verhalten zu belohnen und Beschäftigung zu fördern. Dieser marktwirtschaftliche Anreiz, ressourcensparende Verfahren und Produkte zu entwickeln, Wirtschaft und Verbraucher auf nachwachsende Rohstoffe und Recyclingverfahren zu konzentrieren, muß aber auch vor Ort wirksam werden.

Die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung hat die ansässigen Unternehmen dabei zu unterstützen, die Chancen nachhaltigen Wirtschaftens zu erkennen und im betrieblichen Alltag umzusetzen. Kommunale Wirtschaftsbetriebe wie z.B. die Stadtwerke müssen ihrer Vorbildwirkung gerecht werden und stehen in der Verantwortung, ein betriebliches Umweltmanagementsystem einzuführen, wie es z.B. die Stadtwerke Unna bereits seit Jahren praktizieren.

Soziale Verantwortung zur gerechten Verteilung vorhandener Arbeit und Schaffung zusätzlicher Beschäftigung müssen in einem lokalen Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Umwelt alle gesellschaftlichen Kräfte übernehmen. Konkrete Vereinbarungen zu Themen wie: neue flexible Arbeitszeitregelungen, Arbeitszeitverkürzung, Abbau der Überstunden, bessere Nutzung betrieblicher Ressourcen in Kooperation mit anderen Unternehmen, Qualifizierung und Integration von benachteiligten Zielgruppen des Arbeitsmarktes, Ausbildungsverbünde etc. können abrechenbare Beschäftigungsimpulse setzen.

Wir brauchen für Hamm eine neue Schwerpunktsetzung der Wirtschaftsförderung. Notwendig ist eine moderne Mittelstandsförderung zur Sicherung und Weiterentwicklung des örtlichen

Unternehmensbestands. Es sind die kleinen und mittleren Unternehmen, die durch ihre Innovationskraft und Leistungsfähigkeit neue zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Die Unterstützung der vorhandenen Unternehmen und deren Beschäftigten muß stärker in den Vordergrund gerückt werden. Die bisherige Schwerpunktsetzung der Wirtschaftsförderung, sich im Verteilungskampf der Kommunen um eine Handvoll Standortveränderungswilliger Unternehmen gegenseitig zu übertrumpfen, bzw. sich beim Ausverkauf der Gewerbeflächen zu unterbieten, ist ohne Erfolg geblieben. Auch die Privatisierung der Wirtschaftsförderung hat nicht dazu geführt, mit diesem Konzept den Durchbruch zu erringen. Stellt man den 12.000 fehlenden Arbeitsplätzen in Hamm die jährlich durch Neuansiedlung geschaffenen Stellen gegenüber, wird deutlich, daß dies nicht der entscheidende Ansatz zum nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit sein kann.

Neue Akzente bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sind in folgenden Bereichen zu setzen:

### **Aktive Bestandsentwicklung**

Erste Priorität der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung muß die aktive Bestandsentwicklung haben. Dabei geht es vor allem um die aktive Unterstützung bei der Anpassung an die notwendigen Umstrukturierungen im Zuge der Globalisierung - besonders für Klein- und Mittelbetriebe. Die Unternehmen sind bei der Entwicklung und Einführung neuer Produkte, Verfahren und umweltschonender Technologien sowie bei der Orientierung und Positionierung auf den zukünftigen Märkten zu unterstützen. Die Kompetenzen der Beschäftigten sind dabei zu nutzen und moderne Personalentwicklungsmaßnahmen zu fördern. Die Personalvertretungen sind entsprechend einzubeziehen. Bei Unternehmenskrisen muß



frühzeitiger agiert werden. Arbeitsmarktagenturen können zum Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze bzw. zur Qualifizierung und Vermittlung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten beitragen.

### **Zukunftsbranchen**

Wirtschaftsförderung muß sich stärker auf die Entwicklung der einzelnen Branchen konzentrieren. Personalwirtschaftliche Kooperationsvorhaben in den Bereichen Bauen/Gebäudeentwicklung, Logistik sowie Sport- und Gesundheitswesen sind zu fördern. Insbesondere ist der beim Öko-Zentrum angesiedelte Bereich ökologisches Bauen und Wohnen auszubauen.

Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in den kleinen und mittleren Unternehmen ist zu unterstützen. Hamm weist hier bereits heute eine entwicklungsfähige Infrastruktur und mit der HAMCOM einen kompetenten, örtlichen Dienstleister auf.

### **Existenzgründung**

Hamm braucht eine neue GründerInnen-Kultur, weil Existenzgründungen neue zusätzliche Impulse für einen sich verändernden und erneuernden Wirtschaftsstandort Hamm ergeben. Ein Beitrag der Wirtschaftsförderung zu dieser GründerInnen-Kultur muß die aktive Ansprache sein. Dazu ist die Zusammenarbeit mit der Gewerbeabteilung des Ordnungsamtes ein wichtiger Ansatzpunkt. Außerdem muß die zersplitterte Existenzgründungsberatung unter dem Dach der Wirtschaftsförderung GmbH zusammengeführt werden.

Den GründerInnen müssen bezahlbare Räumlichkeiten für die Anlaufzeit zur Verfügung gestellt werden. (z.B. Handwerkerhof im Bereich der ehemaligen Argonnerkaserne).

### **Gewerbesteuer**

Da die Stadt Hamm mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 450 % bereits am Durchschnitt der NRW-Großstädte liegt, obwohl sie de facto nur mit den kleineren Umlandgemeinden um Betriebe konkurriert, ist eine

weitere Erhöhung des Hebesatzes im Sinne der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hamm nicht vertretbar.

### **ÖkoZentrum/Fachhochschule**

Die Umnutzung der Brache der Zeche Sachsen zum ÖkoZentrum NRW für Bauen und Wohnen war und ist ein sinnvoller Beitrag zum Strukturwandel. In der Vergangenheit sind jedoch Managementfehler gemacht worden. Das ÖkoZentrum muß marktfähige Dienstleistungen entwickeln. Es sind mittelfristig mindestens die Betriebskosten aus eigenen Einnahmen zu decken. Dazu ist auch eine verstärkte Koordination zwischen Wirtschaftsförderung und ÖkoZentrum notwendig.

Die wirtschaftlich orientierte Fachhochschule für Hamm ist sinnvollerweise in die Infrastruktur des ÖkoZentrums zu integrieren. Auch inhaltlich bietet sich das Thema "ökologisches Bauen und Wohnen" für die ersten Teilschritte beim Aufbau der FH an.

### **Entwicklung "Recyclingstandort Hamm"**

Für die Entwicklung eines zukünftigen Recyclingstandortes Hamm mit seiner optimalen Verkehrsanbindung durch Bahn, Straße und Wasser bestehen gute Voraussetzungen. Geeignete Flächen und bestehende Recyclingansätze müssen mit den auf Umwelttechnologien spezialisierten Unternehmen über die Wirtschaftsförderung sinnvoll verknüpft werden.

### **Regionale Direktvermarktung**

Aufbau einer regionalen Direktvermarktung zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Hamm und Umgebung sowie gleichzeitige Verbesserung von Natur- und Umweltschutz.

### **Sanfter Tourismus**

Nutzung und Ausbau des durch Wasserwege und weitläufige Grünflächen geprägten attraktiven Hammer Umlands. Einbeziehung der ländlichen Potentiale in ein umfassendes, mit dem Landschafts- und Naturschutz abgestimmten Konzept eines sanften, regional orientierten Tourismus.



## ***Reaktivierung vorhandener Industriebrachen***

Oberste Priorität für die Reaktivierung der bereits vorhandenen Industriebrachen sowie die Mobilisierung bereits ausgewiesener Reserveflächen. Notwendig ist die Entwicklung eines mittel- und langfristigen ökologisch und nachhaltig orientierten Gewerbeflächen- und Standortkonzeptes.

### ***Status als "Ziel-2-Gebiet" erhalten***

Um den Strukturwandel in Hamm gestalten zu können, bedarf es auch weiterhin der Fördermöglichkeiten durch die Europäische Union. Hamm muß auch zukünftig Fördergebiet bleiben und darf nicht im regionalen Kontext gegenüber Dortmund vom Ziel-2-Gebiet abgekoppelt werden. Die Hammer Unternehmen müssen von der Wirtschaftsförderung Unterstützung erfahren, um bei den Risiken und Chancen des Europäischen Binnenmarktes im Wettbewerb bestehen zu können.

### ***Kommunale Beschäftigungsförderung***

Hamm braucht eine wirkungsvolle, solidarisches und ökologisch ausgerichtete aktive kommunale Beschäftigungsförderung. Alle vorhandenen Handlungsspielräume bei der kommunalen Auftragsvergabe und bei Ausschreibungen sind dabei offensiv zu nutzen.

### ***Ausweitung des kommunalen Arbeitsmarktfonds***

Der kommunale Arbeitsmarktfonds ist auszuweiten mit dem Ziel, jährlich 300 Sozialhilfeempfänger in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. Die Maßnahmen sind mit Qualifizierung zu kombinieren, um einen Verbleib im Beschäfti-

gungssystem zu ermöglichen. Es darf keine Finanzierung von Zwangstätigkeiten für Sozialhilfeempfänger aus dem Arbeitsmarktfonds geben.

### ***Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigungsmaßnahmen, ...***

... die neue Aufgaben zwischen Markt und öffentlicher Hand erschließen, möglichst in Kooperation mit örtlichen Unternehmen. Stärkeren Stadtteilbezug durch Anknüpfen an die Bedarfe im Wohn- und Lebensbereich, um die wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung der Arbeitslosen zu verhindern.

### ***Vielfalt von Beschäftigungsinitiativen fördern***

Förderung einer flexiblen und engagierten Trägerlandschaft statt Festigung der Monopolstellung der stadt-eigenen Beschäftigungsgesellschaft. Notwendig ist eine stärkere Unterstützung der vorhandenen Weiterbildungs- und Beschäftigungsträger beim Erhalt eines kontinuierlichen Personalstamms, bei der Projektentwicklung und Mitteleinwerbung. Über die Nutzung aller bestehenden Fördertöpfe ist mehr Transparenz herzustellen. Erforderlich ist die Einberufung einer Trägerkonferenz, um die Kompetenzen aller arbeitsmarktpolitisch Handelnden in Hamm zu nutzen.

Die Verantwortung der Wirtschaft zur Bereitstellung ausreichender Ausbildungsstellen bleibt bestehen. Zusätzliche Ausbildungsstellen im Verbund sind über ein lokales Bündnis für Arbeit und Ausbildung vorbildlich durch die Stadtverwaltung und andere Behörden bereitzustellen.



# Umwelt, Natur, Ökologische Landwirtschaft

## *Für gesunde Vielfalt anstelle asphaltgrauen Einerleis*

Wir schulden den Menschen in Hamm und in der Ballungsregion Ruhrgebiet die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dies ist uns Verpflichtung für unser politisches Handeln und entzieht sich den Kalkülen von Leistungsbilanzen im Vierjahresrhythmus. Die Auszeichnung "Bundeshauptstadt für Umweltschutz" bestärkt uns in diesem Ansatz. Hier wollen wir fortfahren:

- Eine weitere Versiegelung natürlicher bzw. landwirtschaftlicher Flächen für Wohnsiedlungen, Straßenneubau und Gewerbegebiete muß unterbleiben. Es stehen genügend ausgewiesene Flächen zur Verfügung.
- Die geringen Waldflächen in Hamm müssen sinnvoll und zügig durch Aufforstungen ergänzt werden. Dabei gilt, daß eine Vergrößerung der Waldflächen nur dort vorzusehen ist, wo die für Hamm typische, gewachsene Kulturlandschaft nicht beeinträchtigt wird. Die Bewirtschaftung des Waldes sollte nicht allein unter forstlichen Gesichtspunkten erfolgen und eine Naturverjüngung zulassen.
- Die Lippeaue verträgt keine weitere Beeinträchtigung. Das Lippeauen-Programm muß umgesetzt werden. Laut "Natur 2000" hat die Lippe überregionale Bedeutung als Tierwanderweg. Die Freizeitnutzung soll auf bestimmte Gebiete beschränkt werden.
- Die bereits beschlossenen Landschaftspläne West und Ost sind umzusetzen. Der Landschaftsplan Süd ist schnellstmöglich fertigzustellen.
- Eine Biologische Station in Verbindung mit einem Institut des angewandten Naturschutzes ist einzurichten.
- Eine wirksame Baumschutzsatzung ist überfällig!
- Die Abfallwirtschaft in Hamm befindet sich auf dem Stand der frühen achtziger Jahre, sie ist mit der unsortierten Müllverbren-

nung nicht zukunftsfähig. Wir fordern seit langem ein Konzept, das neben konsequenter Müllvermeidung, flächendeckender Kompostierung und Abfalltrennung den Ausstieg aus der teuren und schädlichen Verbrennung auch in Hamm in den nächsten Jahren möglich macht.

- Das Nahverkehrssystem bedarf einer radikalen Reform, um mit Schnellbuslinien, Stadtbahn und Ringverkehren eine wirksame Alternative zum Auto bieten zu können.
- Öffentliche und private Energiesparmaßnahmen müssen weiter angeregt und unterstützt werden. Den Stadtwerken kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen konsequent auf ökologisches Wirtschaften, vom Einkauf regenerativer Energie aus der Region über Öko-Stromtarife bis zum Sponsoring von Energiesparmaßnahmen, umgestellt werden.
- Die Gemeinschaftsinitiativen zum ökologischen Umbau der Stadt bedürfen weiterer Unterstützung durch Rat und Verwaltung. Umweltgruppen und -verbände aber auch engagierte Einzelpersonen in Hamm müssen in ihrer Arbeit gefördert werden, den Bürgern Lust auf und an Umweltschutz zu machen. Der langfristige Nutzen ökologischer Politik muß stärker und offensiver propagiert werden!

Der Umbau der Landwirtschaft leistet einen weiteren wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Es bedarf eines Wandels von einer industrieähnlichen Massenproduktion auf eine Kreislaufwirtschaft im ökologischen Landbau.

Dies bedeutet:

1. biologische Landbewirtschaftung,
2. artgerechte Tierhaltung und
3. regionale Vermarktung der erzeugten Lebensmittel
4. Schaffung von Arbeitsplätzen.



Die heute übliche Form der Landbewirtschaftung versucht, die Natur zu überlisten und durch den Einsatz von immer mehr Pestiziden, Herbiziden und Düngemitteln immer höhere Erträge zu erzielen. Biologische Landbewirtschaftung ist im Gegensatz hierzu bestrebt, im Einklang mit der Natur zu produzieren. So erhält beispielsweise eine vielfältige Fruchtfolge, die nur alle sieben Jahre die gleiche Frucht auf demselben Flurstück anbaut, den Wert des lebenden Bodens. Auf den Einsatz von Chemikalien kann weitgehend verzichtet werden.

Die Folgen einer industriellen Massentierhaltung werden uns in der Presse mit (un)schöner Regelmäßigkeit vor Augen geführt. Eine artgerechte Tierhaltung schulden wir nicht nur den Kreaturen, von denen wir uns ernähren, sondern auch uns selbst, die wir Medikamente in der Apotheke kaufen und nicht aus der Fleischtheke beziehen wollen.

Der Kreis schließt sich mit der regionalen Vermarktung der Produkte. Hierdurch werden nicht nur unnötige Transporte vermie-

den, sondern es entsteht auch wieder eine Beziehung zwischen dem Verbraucher und dem Erzeuger, die Vertrauen schafft und einen Einblick in die hinter dem Nahrungsmittelangebot stehende Arbeit gewährt.

Die Umwandlung intensiv landwirtschaftlich genutzter Flächen in Brachen, bei der Abkoppelung bäuerlicher Betriebe von der agrarindustriellen Produktionskette und ihrer Neuorientierung auf umwelt- und artgerechte Erzeugung und regionale Vermarktung muß von der Stadt unterstützt werden. Mindestens ebenso wichtig ist aber der Beitrag der Verbraucher. Sie können durch eine Veränderung ihres Kaufverhaltens dazu beitragen, daß der Umbau der Landwirtschaft gelingt, daß gesunde und natürliche Lebensmittel angeboten werden.

Ein Vergleich zwischen ökologisch und "konventionell" bewirtschafteten Höfen zeigt zudem, daß erstere durch weniger automatisierte Produktionsweisen mehr Menschen einen sicheren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft bieten.



# Frauen

## *Vielfältige Lebens- und Arbeitsformen - für eine Gleichberechtigung der Geschlechter*

Frauen wollen das Leben in ihrer Stadt selbst mitgestalten und mitbestimmen. Sie wollen hier mit oder ohne Kinder, allein, mit Männern oder mit Frauen zusammenleben - und sich wie alle Menschen selbst verwirklichen.

Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Kommunale Politik mit und für Frauen bedeutet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich in alle Bereiche einzumischen und die Lebensinteressen von Frauen in den zahlreichen Bereichen städtischer Politik verstärkt zu vertreten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den frauenspezifischen Aspekt in die Handlungsfelder, Ziele, Programme, Konzepte und Maßnahmen der Lokalen Agenda 21 einbeziehen.

Eine sozial und ökologisch ausgerichtete Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik kommt auch Frauen zugute. Eine gute, wohnortnahe Infrastruktur und Versorgung mit Geschäften, Dienstleistungen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und Gesundheitseinrichtungen sowie eine gute Erreichbarkeit durch ein ausgebautes Fuß- und Radwegenetz und ein ansprechendes Nahverkehrssystem sind grundlegend für eine lebenswerte Stadt.

Projekte, die sich mit Gewalt gegen Frauen und Mädchen beschäftigen und deren Auswirkungen auffangen, wie z.B. das Frauenhaus, müssen bedarfsgercht finanziert werden. Gesicherter Wohnraum für obdachlose Frauen muß bereitgestellt werden.

Um selbstbestimmt leben zu können, ist ein gesichertes, eigenständiges Einkommen notwendig. Dies gilt nicht nur für die Männer, sondern gerade auch für Frauen. Über

50 % der Sozialhilfeempfänger sind Frauen, vor allem junge, alleinerziehende Mütter. Obwohl der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Hamm bei nur 41,8 % liegt, fällt der Frauenanteil an der Zahl der Arbeitslosen mit 44,5 % deutlich höher aus.

Deswegen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hamm die Erwerbsarbeit von Frauen im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten nachhaltig fördern. Als Zielsetzung gilt dabei:

1. Frauenförderung in allen Bereichen der Wirtschaftsförderung (wie bei beschäftigungsfördernden Maßnahmen, Existenzgründung, Öffentlichkeitsarbeit)
2. neue Felder für Frauenarbeitsplätze bei strukturelevanten Projekten schon im Planungsprozeß ausloten und konzeptionell umsetzen (z.B. in der Informations- und Kommunikationstechnik, dem Projekt Fachhochschule)
3. beispielhafte Stützung der Frauenerwerbstätigkeit (z.B. durch die Entwicklung von Arbeitszeitmodellen [für Frauen und Männer!], der Entwicklung innovativer Handlungsfelder bei von Rationalisierung bedrohter Frauenarbeitsplätze)
4. gezielte Berücksichtigung von Mädchen bei Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Bei der Besetzung von Gremien der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hamm GmbH, wie z.B. dem Aufsichtsrat und dem Beirat, sind Frauen anteilig zu berücksichtigen. Ziel muß es sein, bei der Besetzung von Leitungsfunktionen in der Stadtverwaltung und soweit möglich bei den städtischen Töchtern, verstärkt Frauen zu berücksichtigen.



# Hamm braucht Grüne



**Platz 1:**  
Inge Menze



**Platz 2:**  
Reinhard  
Merschhaus



**Platz 3:**  
Andrea  
Kaczmarek



**Platz 4:**  
Karsten  
Weymann



**Platz 5:**  
Gisela  
Kuchinke



**Platz 6:**  
Ulrich Kroker



**Platz 7:**  
Jutta  
Oppermann



**Platz 8:**  
Jan-Philipp  
Eiber



**Platz 9:**  
Jutta  
Mir Haschemi-  
Beckmann

